

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24514 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 40

Düsseldorf, den 3. Oktober 1925.

Verbandort Crefeld

## Kein Stillstand in der Sozialpolitik.

Von Dr. Emil van den Boom, M.-Glabbach.

Die jüngst abgelaufene Reichstagsession hat gezeigt, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse heute von einem Stillstand der Sozialreform nicht die Rede sein kann. Nach einer Uebersicht in den „Leipziger N. N.“ (14. August) ist auch in den letzten Monaten recht Wertvolles auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung erreicht worden. Es sei genannt das Gesetz über Zufuhrsteigerung von Renten aus der Invalidenversicherung, Gesetz über den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, Gesetz über das Washingtoner Uebereinkommen vom 28. März 1919 über die Arbeitslosigkeit, Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung, Gesetz über den Ausbau der Angestelltenversicherung, Gesetz über Änderung des Wehrmachtsversorgungsgesetzes, Gesetz über Änderung des Reichsverordnungsgesetzes, Gesetz über das Genfer Uebereinkommen über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter, Gesetz über das Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Von einem Willen zu einer Rückwärtsbewegung auf sozialpolitischem Gebiete kann also nicht gesprochen werden. Und das ist gut so! Trotz der Armut unserer Wirtschaft darf die Sozialpolitik sich nicht bloß auf das unumgängliche Materielle beschränken, sondern sie muß sich, ohne daß damit auch immer besonders fühlbare finanzielle Aufwendungen verbunden sein müssen, darüber hinaus erheben zu einer umfassenden Kulturpolitik für alle wirtschaftlich Schwachen und Bedrängten in der Pflege ihrer Menschwerdung, der Erhebung zur Menschenwürde. Diese Sozialpolitik muß zwar ihre Unterlage und Voraussetzung in einer gesunden Wirtschaftspolitik haben, muß darin „rekreativ“ sein. Sie muß nämlich die mannigfachen Kräfte im deutschen Volke, die der Erzeugung dienen, nicht nur vor Ausnutzung und Verfall schützen, sondern sie auch zu einer immer stärkeren Entfaltung und immer größerer Produktivität bringen. Insofern muß sie vor allem auch Wirtschaftspflege und, soweit die Erzeugung sehr wesentlich auch von der geistig sittlichen Einstellung der Menschheit bedingt ist, Volksbildung und Volkserziehung mit dem Zwecke der Volkserleichterung sein. So ist die Sozialpolitik mehr als ein bloßes Geben an bloße Empfänger, mehr als eine bloße Tätigkeit des Staates zugunsten der wirtschaftlich Schwächeren in allen Schichten des Volkes; ihr Sinn ist, umfassend genommen, die Entwicklung der Gesamtkräfte eines Volkes zu ihrer höchsten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, nationalen und ethischen Ziele der Volksgemeinschaft. Darin liegt eine rein menschliche Würde der Sozialpolitik. Diese ihr wesensbestimmend innewohnende Würde war es vor dem Kriege, die dafür sorgte, daß die Sozialpolitik trotz aller Schwierigkeiten, die ihr in den Weg gelegt wurden, nicht stillstand, sondern etwas Bewegliches, von selbst Vorwärtsdrängendes, etwas Lebendiges war, das mit der Wirtschaft, mit dem Menschen, sich organisch mitgestaltete, das wuchs, trieb und wieder förderte. Am großen Werke der Sozialpolitik mitmachen, ihr Anregung, Ideen geben, praktisch mithelfen, war daher nicht nur verdienstvoll, sondern auch ehrend. Die Würde der Sozialpolitik strahlte auf diejenigen zurück, die sich uneigennützig und opferwillig in den Dienst stellten, sie wiederum ermunternd, aneifernd, befruchtend.

Von dieser Würde der Sozialpolitik ist in der Nachkriegszeit vieles verloren gegangen. Wodurch, soll hier im einzelnen nicht mehr erörtert werden. Genug: Als des Lebenssinnes entleert Mechanismus wurde sie nicht gerecht dem belebten Organismus der Wirtschaft. Das muß auf die Dauer, da die Gesetze der Wirtschaft sich als unerschütterbar erwiesen, zu Gegenfaktlichkeiten zwischen der Wirtschaft und ihren Bedürfnissen einerseits und einer die Gesetze jener ignorierenden sozialen Praxis andererseits führen, und da jene, wenn auch in ihren Kräften geschwächt, in ihren Entwicklungstendenzen sich als der überlegene Teil zeigten, zu Spannungen und Entartungserscheinungen, zu einer Diskreditierung, die wir unter dem Namen der inneren Krisis der Sozialpolitik zusammenfassen. Und während vor dem Kriege die sozialpolitische Betätigung vielfach die Menschen zusammenbrachte, insbesondere auch viele Intellektuellen in ihren Mann zog und Brücken schlug zwischen diesen und der Arbeitnehmerschaft, wirkte diese Krise der Sozialpolitik entfremdend und veranlaßte eine Zurückhaltung jener, denen die Sozialpolitik und damit auch die soziale Bewegung der Arbeitnehmer so vieles zu verdanken hatte. Die Sozialpolitik verlor damit von ihrer Würde.

Ihr diese wieder zu verschaffen, muß der Freunde der Sozialreform eifriges Bemühen sein. Dieses Ziel wird sich am ehesten erreichen lassen, wenn es gelingt, dem Sinn der Arbeit im Rahmen der heutigen Menschheitsentwicklung das Verständnis und die Geltung wieder zu verschaffen, die ihr nach dem Willen dessen, dem alles Sein seine Entstehung verdankt, und dessen Schöpfergedanken zu dienen der Menschheit letztes Ziel ist, zukommt. Wenn die schaffenden Menschen die Freude an der Arbeit wiederfinden, ein seelisches Verhältnis zu ihr finden, Dinge, die durch den Krieg und nach dem Krieg aus einer Reihe von Ursachen vielfach verlorengegangen sind, dann werden sie auch wieder Freude haben an der

Mitwirkung, an dem Ziele der Schöpfung, und die Arbeit wird Dienst an der Volksgemeinschaft, Träger der Sorgen, Hoffnungen und Wünsche der mit uns verwachsenen Menschen zuerst im Vertrauen, aus Wohlwollen und Freundschaft, damit zum Mittel des Aufbaues einer Lebensgemeinschaft, die Lebensergänzung, Lebenserhöhung, eigne Beglückung dadurch wird, daß man andere beglückt. Dann wird der Gruppenegoismus, wie er sich nicht zuletzt auch in einem ungezügelter Kapitalismus und einem nur sich selbst kennenden, brutalen Kommunismus offenbart, schwinden, und Schande über den kommen, der es vorziehen sollte, statt für die Volksgemeinschaft zu arbeiten, die Unterstützung der Arbeitslosen zu beziehen.

Eine Arbeit aber, die sich ihres inneren Wertes bewußt ist, zu schützen, einer Menschheit, die gewillt ist, sich durch emsiges Schaffen wieder bessere Daseinsbedingungen zu erringen, diesen Aufstieg zu erleichtern, einem Volke, das seinen höchsten Stolz darin sieht, durch Arbeit wieder seine wirtschaftliche und nationale Freiheit zu erringen, seinen Leidensweg zu verkürzen: solchen Zielen durch eine wohlbedachte, das Keimnenschliche in den Vordergrund stellende Sozialpolitik zu Erfolgen zu verhelfen, am ehesten auch dazu, der Sozialpolitik wieder die Stellung und Achtung zu verschaffen, die in der Vorkriegszeit ihr besonderer Vorzug war.

## III. Internationaler christl. Gewerkschaftskongress.

Abgehalten vom 16. bis 19. September 1925 zu Luzern (Schweiz).

149 Vertreter der christlichen Gewerkschaften von zehn europäischen Staaten waren am 16. September und den folgenden Tagen an den historischen Gestaden des Vierwaldstättersees zu einer recht bedeutungsvollen Tagung versammelt. Es waren erschienen aus Holland 45, aus Belgien 24, Deutschland 41, Desterreich 6, Schweiz 9, Frankreich 13, Tschecho-Slowakei 6, Ungarn 4, Luxemburg 1 und Italien 2 Vertreter. In den vorgenannten zehn europäischen Staaten gibt es christliche Gewerkschaften, die insgesamt etwa zweieinhalb Millionen Mitglieder zählen. Außerdem bestehen auch bereits in Polen, Spanien und noch einigen anderen Ländern christliche Gewerkschaften, die dem Internationalen Bunde noch nicht angehören und die auch auf dem Kongress nicht vertreten waren. Mit den Leitungen dieser Verbände hat das internationale Bundessekretariat bereits Fühlung genommen und werden sich die Verbände auch wohl schon in der nächsten Zeit der großen christlichen Gewerkschaftsinternationale anschließen.

Die internationale Tätigkeit, das Zusammenarbeiten von Land zu Land, Volk und Volk, die Begründung überstaatlicher Beziehungen und Verbindungen, war im Zeitenlauf der Völker kaum je einmal dringlicher und zweckmäßiger als heute. Die schreckliche Kriegswoge, die 1914 über die Völkerströme hinweg, hat die mannigfachen und vielgestaltigen Beziehungen und Verhättnisse der Völker auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete aufhüllend zerrissen. Erst nachdem die Weltkriegskatastrophe so gewaltige moralische und materielle Werte vernichtet hatte und endlose Trümmerfelder von ihrer gigantischen Größe und Wucht Zeugnis gaben, dämmerte die Erkenntnis wieder auf, daß alle doch die Glieder einer großen Menschheitsfamilie sind, daß alle den gleichen geschöpflichen Adel aus Gotteshand empfangen, daß alle die Gemeinamkeit des gleichen hohen überirdischen Endzieles eint!

Die tiefgehenden Nachwirkungen des Weltkrieges, die gewaltigen Krisenprobleme, welche die Grundfesten der Staaten zu erschüttern drohen, all die sich türmenden Schwierigkeiten hämmern unablässig das Bewußtsein in die Sinne, daß wir uns nicht im Nationalen erschöpfen dürfen, sondern, daß wir lernen müssen, auch international zu denken, daß wahre menschliche Solidarität über die nationalen Grenzen müttig hinausgreift und zur Völkergemeinschaft drängt. Nicht internationale Gleichmächerei und Sogablone ist die Forderung der Stunde. Nein! Die christliche Arbeiterschaft hält an der durch die Natur, Geschichte und Tradition begründeten nationalen Eigenart fest, sie selbst will waterländische und nationale Gesinnung pflegen. Das ist gerade für richtig verstandene internationale Zusammenarbeit ein wertvoller Aktivposten. Die Völker mit ihrer Eigenart, ihrer besondern Charakteristik müssen sich gegenseitig helfen und ergänzen und sich zum Völkerganzen eimen. Wenn so die Fähigkeiten und Kräfte zur internationalen Wirkung gebracht werden, wenn sie beherrscht werden vom großen Gedanken der alle umfassenden Gottesfamilie, wenn die Menschen getragen sind von der Gottesliebe und der ihr entgegenkommenden Nächstenliebe, die sich mit der Beobachtung aller Pflichten der Gerechtigkeit verbindet, dann können die brennenden, weltumspannenden Zeitprobleme gelöst werden!

Unser internationales Schaffen ist vom Willen dieser gottgewollten Harmonie und Solidarität getragen. Gerade das gibt denn auch der internationalen christlichen Gewerkschaftsbewegung eine überragende moralische und soziale Bedeutung!

Der Weltkrieg hat die Pflege internationaler Beziehungen unter der christlichen Arbeiterschaft unterbrochen und unterbunden. Im Frühjahr 1919 versammelte sich in Luzern die Führerschaft der christlich-sozialen Bewegung von Deutschland, Desterreich, Niederlande, Litauen und der Schweiz, um diese Verbindungen wieder neu zu knüpfen und auszugestalten. Zu gleicher Zeit fanden sich in Paris die Führer der Entente mit den Vertretern Hollands und der Schweiz, geeint im Gedanken, so rasch wie möglich die Kriegsbarrieren niederzulegen und wirkliche Friedensarbeit zu leisten. Schon 1920 trat in Haag, nachdem die politischen Hemmnisse aus dem Wege geräumt waren, der erste internationale christliche Gewerkschaftskongress zusammen und hob den Internationalen Bund

der christlichen Gewerkschaften aus der Taufe. 1922 tagte der zweite Kongress in Innsbruck und zeigte die christliche Gewerkschaftsinternationale an aufbauender, völkerverstehender Arbeit. Nicht als ob alle Hemmnisse schon beseitigt gewesen wären. Über an kompetenter Stelle war zu sehen, daß die in der Kriegsmoralität begründeten Widerstände mit gutem Willen überwunden wurden durch den Geist der Verträglichkeit und christlichen Bruderliebe.

Das in Innsbruck einmütig aufgestellte Weltwirtschaftsprogramm weist unserer internationalen Betätigung Weg und Ziel. In den meisten Staaten bildet die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Minderheit in der Arbeiterbewegung. Das darf uns nie entmutigen! Ohne Ueberhebung darf festgestellt werden, daß man uns in keinem Lande ignorieren kann und überall im politischen und wirtschaftlichen Leben mit den christlichen Gewerkschaften zu rechnen ist.

Die internationale Organisation der Arbeit, die durch den Vertrag von Versailles geschaffen wurde, stellt unsere internationale christliche Gewerkschaftsbewegung vor neue wichtige Aufgaben. Gilt es doch durch die volle Geschlossenheit in der Internationale den Einfluß der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu mehren und zu stärken. Die Sache der Arbeiter, die Arbeiterbewegung, ist längst nicht mehr Monopol der Sozialdemokratie! Das große Werk des sozialen Friedens, die internationale Arbeitsorganisation, erfordert, soll es den Zweck erfüllen, die Mitarbeit Aller. Diese Mitarbeit werden wir nicht verweigern, wenn man uns unserer Bedeutung entsprechend in den Organen der internationalen Arbeitsorganisation berücksichtigt und zur Vertretung kommen läßt.

Der dritte internationale christliche Gewerkschaftskongress von Luzern hat mit Nachdruck die Interessen und Rechte der Arbeiter- und Angestelltenchaft vertreten. Es muß der Vorzug der christlichen Gewerkschaftsbewegung bleiben, all die Fragen des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Rücksicht auf die Wahrung der höheren Interessen des Volkes und Völkerganzen zu verfolgen. Darin liegt eine wertvolle Sicherung der vernünftigen und erfolgreichen Interessenwahrung des arbeitenden Volkes!

## Internationale Aufgaben der Zukunft.

Der 3. internationale christliche Gewerkschaftskongress in Luzern zeigte durch seine Tagesordnung, daß er seine Aufmerksamkeit bedeutungsvollen internationalen Problemen zuwendet und gewillt ist, praktische und positive Arbeit für das arbeitende Volk zu leisten.

Zunächst zeigte ein Bericht des Generalsekretärs, der im Auftrag des Vorstandes des internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften erstellt wurde, in welchem Umfang der Achttundentag durchgeführt ist. Die Gestaltung der Arbeitszeit ist ein eminent internationales Problem. Soll sich der Achttundentag, der zweifelsohne eine hervorragende kulturelle Errungenschaft ist, durchsetzen und halten, ist eine internationale Verständigung unerlässlich. Wenn einzelne Staaten, vornehmlich Industriestaaten, eine längere Arbeitszeit zulassen, so zwingen vielfach Konkurrenzgründe die andern, dasselbe zu tun. Es ist selbstverständlich, daß die internationale Tätigkeit der Arbeiterschaft darauf gerichtet sein muß, die Errungenschaft einer angemessen verkürzten und vernünftigen Arbeitszeit zu halten. Es muß noch energische Arbeit geleistet werden, bis die Ratifikation des Washingtoner Abkommens in den hauptsächlichsten Industriestaaten erfolgt. Im gegenwärtigen Momente, wo in verschiedenen Industrien allgemeine Krisenerscheinungen sich bemerkbar machen, will die Arbeitgeberchaft die Krisenbekämpfung mittels Verlängerung der Arbeitszeit aufnehmen. Es ist einleuchtend, daß ein derartiges Vorgehen bei einer allgemein festgesetzten Arbeitszeit keine wirkliche Krisenbekämpfung darstellt, sondern vielmehr noch zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen muß.

Der Kongress befaßte sich sodann mit dem Problem der industriellen Ein- und Auswanderung. Das Wanderungsproblem wurde von Otte (Deutschland), Broutin (Frankreich) und Carels (Belgien) behandelt. Die nach dem Kriege geschaffene Lage drängt die Bedeutung dieses Problems in den Vordergrund der internationalen Diskussion. Die Wanderungsfrage muß vom

Standpunkt der Auswanderer sowohl wie vom Standpunkt der Arbeiterchaft des Einwanderungslandes aus untersucht und geprüft werden. Sicherlich ist hier für die praktische internationale Tätigkeit ein wichtiges Feld zur Bearbeitung offen.

Von besonderem Interesse ist die Behandlung der Frage der Bestimmung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben, die dem österreichischen Nationalrat Spalowsky zugewiesen war. Es handelte sich hier zunächst um ein allgemeines zu gestaltendes Mitspracherecht in den Industrien und der Gesamtheit der wirtschaftlichen Fragenkomplexe, sodann um die Frage der Einführung von Betriebsräten oder Betriebsausschüssen. Das in Innsbruck genehmigte Weltwirtschaftsprogramm der christlichen Gewerkschaften internationale strebt bekanntlich die Zusammenfassung der verschiedenen Faktoren im Produktionsprozess in beruflichen Arbeitsgemeinschaften an, die schließlich zu nationalen und internationalen Organisationen zusammengefaßt werden sollen. Durch die Erörterung dieses Problems lernte man die Erfahrungen kennen, die mit den Betriebsräten in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei gemacht worden sind. Der eigentliche Kernpunkt dieser Frage ist die gerade von den christlichen Sozialreformern mit Recht angestrebte Entproletarisierung der Arbeitermassen. Der Zweck der Aufwertung dieses Themas auf dem internationalen christlichen Gewerkschaftskongress in Luzern war, auf internationalen Boden die Umgestaltung der sozialen Rechtsstellung der Arbeitnehmerschaft anzustreben.

Der belgische Gewerkschaftsführer Pauwels sprach die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften internationale zur internationalen Arbeitsorganisation erneut und die von der christlichen Arbeiterschaft an diese durch den Versailler Vertrag geschaffene soziale Organisation zu stellenden Forderungen. Schon der Innsbrucker Kongress vom Jahre 1922 hat sich für die Mitarbeit der christlichen Arbeiterschaft in der internationalen Arbeiterorganisation ausgesprochen. Es handelt sich bei diesem neuen Gebilde bekanntlich um eine großangelegte Organisation, in der die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Vertreter der verschiedenen Regierungen in gleicher Weise vertreten sind und die den internationalen Arbeiterschutz und den sozialen Frieden zum Hauptzweck hat. Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften internationale hat sich wiederholt mit dieser Organisation befaßt und die Mitarbeit an die selbstverständliche Voraussetzung geknüpft, daß die christliche Arbeiterschaft ihrer Bedeutung entsprechend im Verwaltungsrat und im Personal des internationalen Arbeitsamtes in Genf vertreten sei. In der letzten Arbeiterskonferenz im Mai dieses Jahres wurden diese Begehren durch den Sprecher der christlichen Gewerkschaftsabgeordneten Serrarens-Utrecht eingehend und vorzüglich begründet und sie erweckten ein lebhaftes Echo über die Konferenzkreise hinaus. Der Kongress hatte nun Gelegenheit, die Bemühungen des Vorstandes nachdrücklich zu unterstützen und die Rechte der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der internationalen Arbeitsorganisation — als Minorität in der Arbeiterbewegung — genau zu formulieren und neuerdings zur Geltung zu bringen.

Schließlich hat der Kongress der Arbeiterinnenfrage seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Eine dem Kongress vorangehende internationale christliche Arbeiterinnenkonferenz hat die Mitwirkung der Frau in der Gewerkschaftsbewegung und die Beeinflussung des Familienlebens durch die Berufsarbeit der Frau beprochen. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß diese eminent wichtige Frage zum Gegenstand von Kongressverhandlungen gemacht wird. Schutz der Frau und der Familie ist ein Hauptpostulat der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Angesichts der unleugbaren Tatsache, daß der moderne Industrialismus der Familie, der Urzelle der Gesellschaft, am meisten zugesetzt hat, müssen die Bestrebungen der Arbeiterinnenkonferenz auch von der Gesamtarbeiterschaft die nachdrücklichste Unterstützung erfahren.

Die Tagung wird hoffentlich der Ausgang für eine positive, energische und aufbauende Aktion im Dienste der christlichen Arbeiter- und Angestelltenchaft aller Industrieländer werden. (Die Beschlüsse werden in der nächsten Nummer mitgeteilt.)

### Textilarbeiterschaft und Landwirtschaft.

Von einem Berufskollegen aus der Textilindustrie wird uns geschrieben:

Wie der freundliche Leser weiß, ist die Landwirtschaft — besonders im Sommer, wo sie viel zu tun hat — gerne geneigt, in abfälligen Bemerkungen gegen die Fabrikarbeiter sich zu äußern, weil diese für den Achtstundentag eintreten. Die Arbeit der Landwirtschaft wird hierbei immer höher bewertet, als die eines Fabrikarbeiters, den man gern als trägen Menschen betrachtet und — verurteilt.

Diese Stimmung wissen die Unternehmer in Streikfällen in der ihnen ergebenden Presse sehr geschickt auszunützen. Die Wirkung kann man bei jedem Streik beobachten: Mit scheelen Blicken wird das „Fabriklerpack“ über die Achsel angesehen. Da wir von den Unternehmern nicht erwarten dürfen, daß sie die Deffentlichkeit über die Leistungen der Textilarbeiter aufklären, so müssen wir versuchen, selbst über unseren Stand Wahrheit und Klarheit zu verbreiten. An diese Aufgabe möchte ich mit einer Antwort auf die Frage herantreten: „Wie kann man am besten einen Vergleich ziehen zwischen der so grundverschiedenen Tätigkeit eines Landwirtes und eines Textilarbeiters?“

Die Tätigkeit des Landwirtes besteht bekanntlich jahraus-jahrein darin, eine für allemal vorhandene Fläche zu bebauen, wobei niemandem vorgeschrieben ist, wie groß die Fläche sein muß; während die Tätigkeit des Weber, Wickers, Färbers, Appreteurs usw. darin besteht, eine Fläche herzustellen, respektive eine ebene Fläche zu „veredeln“. (Nach der Landwirt veredelt eine Fläche dadurch, daß er sie bebaut.)

Nun wissen wir, daß in der Landwirtschaft, besonders in Gebirgsgebieten, wo ja auch viel Industrie anfällig ist, die Kleinbetriebe mit 2-3 Ha. vorherrschen. Die nächste Frage ist nun die: „Wie groß ist in Ha. ausgedrückt, die

Fläche, welche ein Weber usw., das Jahr hindurch herstellt bzw. verarbeitet, veredelt?“

Soweit bei dieser Frage die Weber in Betracht kommen — Baumwollweber mit 3-4 Stühlen — kann ich auf Grund der Aufzeichnungen, die ich während meiner früheren Tätigkeit in dieser Branche 9 Jahre lang, Zähltag für Zähltag, gemacht und jeweils am Jahresluß zusammengestellt habe, mit durchaus zuverlässigen Zahlen antworten. Die Aufzeichnungen erstrecken sich von 1906 bis 1914. Der Vollständigkeit halber füge ich auch gleich den jeweiligen Jahresarbeitsverdienst und den durchschnittlichen Lohn pro Meter bei:

Jahr	Anzahl der bedienten Webstühle	Produziertes Tuch in Metern	Bedienter Lohn in Jahr (Mark)	Bezahlung pro Meter in Pfg.
1906	3	17.662	921,82	5,21
1907	3-4	24.127,5	788,68	3,27
1908	4	36.183,4	1.062,97	2,93
1909	4	35.383,3	1.121,61	3,16
1910	4	31.774,6	1.089,47	3,42
1911	4	31.616	1.025,33	3,24
1912	4	34.463,8	1.110,82	3,22
1913	4	31.648,2	1.062,97	3,33
1914	3-4	22.904	830,15	3,49

Es handelt sich dabei um eine Warenbreite von 80 bis 110 cm. Ich will aber nur eine durchschnittliche Breite von 85 cm in Rechnung stellen. Das ergibt eine Fläche von gewobenen Tuche jährlich in der Größe von 1,5-3 Hektar. Die Leistung entspricht also derjenigen eines kleinen Landwirtes. „Halt, das stimmt nicht!“ werden die Landwirte rufen. Wir müssen unsere 2-3 Hektar Land mehrmals überarbeiten. Wir können nicht nur ernten, wir müssen zuvor auch säen und nach der Ernte das Feld wieder bestellen und dann, die vielen Arbeiten, die sonst noch drum und dran hängen, müssen auch gemacht sein. — Ganz recht! — Aber macht das der Landwirt allein? Bewahre! Bei Kleinbetrieben sind es stets ihrer 2,3,4; bei größeren Betrieben ihrer 10-20 und noch mehr, sodaß es auf den Einzelnen keine größere Fläche gibt, als beim Weber, Wicker usw. Obwohl doch die deutsche Landwirtschaft das Volk nicht zu ernähren vermag, verlangt doch niemand vom einzelnen Landwirt, daß er eine größere Fläche bebauen soll. Unsere Industriellen dagegen verlangen jetzt wieder eine längere Arbeitszeit und noch weitere Intensivierung der Arbeit, um „möglichst“ große Leistungen herauszufinden. — Wozu? — Wir haben in der Textilindustrie vor dem Kriege bei 10-stündiger Arbeitszeit alle fünf Jahre eine Absatzkrise gehabt, die letzte im Winter 1913-1914. Da waren also die Leistungen schon größer als die Möglichkeit des Abfages.

Würde dem Unternehmertum freier Spielraum gelassen, so würden sich künftig die Absatzkrisen noch schneller folgen, weil sich in der Zwischenzeit die Textilindustrie auch in andern Ländern — Japan, China, Indien — stark entwickelt hat. Wir haben daher alle Ursache, am Achtstundentage festzuhalten.

### Kommunistische Pleite.

Die Inflationsperiode und die ihr folgenden Krisenzeiten waren bekanntlich eine Periode der Hochkonjunktur für die Kommunisten. Sie verstanden es ausgezeichnet, durch ihre farapellose Agitation aus dem Leind der Arbeitermassen ein politisches Geschäft zu machen. Auch in den sozialdemokratischen Gewerkschaften wuchs ihr Einfluß. Durch die Bildung von einzelnen Kreislagen in den Ortsgruppen der einzelnen Berufsorganisationen suchten die Kommunisten die Mitglieder gegen die sozialistischen Führer aufzuheben und ihre eigenen Kreaturen in die führenden Stellungen hineinzubringen. Zweck ihres Vorgehens war, die „freien“ Gewerkschaften in ihre Hand zu bekommen, um sie zu einem willfährigen Werkzeug der kommunistischen Bestrebungen zu machen. Durch diese kommunistische Miniarbeit wurden die „freien“ Gewerkschaften in eine schwere Krise getrieben. Um der inneren Zerlegung Einhalt zu tun, sahen sich schließlich die Leitungen der einzelnen sozialdemokratischen Berufsorganisationen gezwungen, einen Säuberungsprozess vorzunehmen und den aktiven kommunistischen Elementen den Stuhl vor die Türe zu setzen.

Die ausgegliederten Moskowiter gründeten nun eigene „gewerkschaftliche“ Organisationen. Durch geringe Beiträge und eine müßige Hege gegen die „Zentralgewerkschaften“ und deren „Bongentium“ suchten sie ihre Gründungen hochzubringen. Einem vorübergehenden Aufschwung folgte aber bald ein jämmerlicher Zusammenbruch. Mit der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse schwammen den Kommunisten die besten Felle weg. Die in deren Bannkreis befindlichen Arbeitermassen merkten bald, daß sie von dem verhehenden, blöden Radikalismus der kommunistischen Führer nicht fatt wurden. Sie verlangten praktische Gegenwartarbeit. In der haben die Arbeitermassen eben so schnell wieder laufen, wie sie gewonnen wurden. Heute bereits steht die kommunistische Bewegung vor einem großen Kladderadatsch.

Vor einiger Zeit schon gab ein internationaler kommunistischer Kongress auf Moskaus Geheiß die Parole aus, daß die gewerkschaftliche Einheitsfront wieder hergestellt werden müsse. Die Zeitung der kommunistischen Partei in Deutschland erhielt den Befehl, für die Rückführung ihrer aus den „freien“ Gewerkschaften hinausgeworfenen Mitglieder in letztere zu sorgen. Also raus aus die Kartoffel, rein in die Kartoffel. Offenbar hat die deutsche kommunistische Parteileitung auf den Befehl Moskaus nicht schnell genug reagiert. Der Umstand und die offensichtliche Unfähigkeit der kommunistischen Führung, eigene, lebensfähige Organisationsgebilde zu schaffen, haben nun die Drahtzieher in Moskau veranlaßt, die bisherige kommunistische Zeitung in Deutschland zum Teufel zu jagen, bezw. sie an Haupt und Gliedern zu reformieren. Das vollständige Fiasco der kommunistischen Politik ist augenscheinlich.

Jetzt scheinen die Kommunisten den alten Weg, die Eroberung der „freien“ Gewerkschaften von innen heraus, von neuem beginnen zu wollen. In den letzten Tagen hat die Herstellung der gewerkschaftlichen „Einheitsfront“ im sozialistisch-kommunistischen Lager rasche Fortschritte gemacht. Die kommunistische Union im Ruhrgebiet, Indu-

striegruppe Bergbau, hat bereits die Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband und der ebenfalls kommunistische „Freie Eisenbahnerverband“ in Berlin, die Vereinigung mit dem sozialdemokratischen Einheitsverband der Eisenbahner beschlossen. Weitere Verschmelzungen werden wohl in Kürze folgen.

Daß die Kommunisten trotzdem dieselben bleiben, und nicht im geringsten daran denken, ihre bisherigen Ziele aufzugeben, bestätigt eine Aeußerung des kommunistischen „Ruhr-Echo“ (26. August), die besagt, daß die Kommunisten die „freien“ Gewerkschaften wieder mit dem Geist des Klassenkampfes erfüllen wollen und in einer späteren Nummer (30. August) sagt das Blatt: Die Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband müsse allen Bergarbeitern des Ruhrgebietes ein Ansporn sein, eine andere Stellungnahme der Führer zuzwingen. Der im Ruhrgebiet erscheinende „Kommunistische Gewerkschaftler“ bezeichnet zunächst die sozialdemokratischen Gewerkschaften als ein durch und durch reaktionäres Instrument und sagt dann:

„Wenn wir trotzdem für die Einheit und Geschlossenheit des A. D. G. B. (sozialistische Gewerkschaften) kämpfen, so deshalb, weil wir alles einsehen, um die Gewerkschaften und auch den gesamten P.D.O.B. zu einem Machtinstrument des gesamten deutschen Proletariats zu machen, weil wir wissen, daß ohne eine starke, geschlossene und einig Gewerkschaftsbewegung eine siegreiche soziale Revolution unmöglich ist.“

Das ist klar und deutlich. Angesichts dessen muß man sich fragen, ob den „freien“ Gewerkschaften mit einer solchen „Einheitsfront“ wesentlich gedient ist. Was sie an äußerem Machtzuwachs erreichen, werden sie zweifellos an innerer Geschlossenheit einbüßen. Kommunistische Revolutionierung der Massen und praktische Gewerkschaftsarbeit sind nach wie vor zwei unvereinbare Dinge. Einen Vorgesmack dieser „Einheitsfront“ bekommt man schon, wenn man die Einstellung der Kommunisten zum kürzlich beendeten Kampf in Westfalen betrachtet. „Der Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, berichtet darüber in seiner Nr. 36 wie folgt:

„Seider ist zu bedauern, daß die Arbeiterschaft in ihrem Kampf nicht geschlossen dasteht. In einer ganzen Reihe von sächsischen Industrieorten mühen die Kommunisten in der unverschämtesten Weise gegen den Deutschen Textilarbeiterverband. In dem kommunistischen „Kämpfer“ in Chemnitz erschien in den letzten Tagen ein Aufsatz, der in fetter Uebergröße ausruft: „Textilarbeiter, verhindert den Verrat.“ Man beschimpft den Textilarbeiterverband, man beschimpft die Gewerkschaftsführer. Aber nicht das allein. Man sprengt die Versammlungen der Textilarbeiter, die zu dem Zweck einberufen werden, die Textilarbeiterschaft auf die drohenden Gefahren der Aussperrung hinzuweisen. Der „Kämpfer“, das kommunistische Organ, freut sich dann kindlich darüber und ruft seinen Anhängern zu: „Macht's nach!“ Das ganze überschreibt er dann: „Herstellung der Einheitsfront.“

„Der Textilarbeiter“ sagt den Kommunisten, daß sie von der Hege gegen die Gewerkschaften leben. Sie leben in der vollen Absicht, eine Niederlage der Arbeiterschaft herbeizuführen, um dann ihr Parteisüppchen kochen zu können. Wenn jemand Berrat an den Arbeiterinteressen übe, dann seien es die Kommunisten.

Daraus kann man schon ersehen, wie diese „Einheitsfront“ beschaffen sein wird. Allzuviel Freude werden die „freien“ Gewerkschaften an den wiedergewonnenen „Brüthern“ nicht erleben.

### Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in der Textilindustrie.

Rückblick auf die Lohnbewegung mit dem Schutzverband niederrheinischer Seidenweberereien.

Wer sich ein Urteil über die durch Vereinbarung am 19. August abgeschlossenen Lohnbewegung erlauben will, muß die Entstehungsgeschichte des Arbeitgeberverbandes und den Verlauf der Bewegung kennen.

Vor der Gründung des Schutzverbandes niederrheinischer Seidenweberereien bestand in Biersen eine lose Vereinigung der Bierseuer und Dülhener Seidenfabrikanten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen richteten sich nach den Abschlüssen des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie Crefeld, mit einer Differenz von 5 Prozent. Die Betriebe C. Lange, Anrath, Deuß und Dethler, Schießbahn, waren dem Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie in Crefeld angeschlossen. Die Lohnifferenz gegenüber Crefeld betrug 7,5 Prozent. Die Firmen Gebr. Efers, Süchteln, Schiller und Crous, Kempen, Gebhardt u. Comp., Amern, Michels u. Kaufmann, Nieuwerk schlossen Betriebstarife ab. Die Lohngestaltung richtete sich ebenfalls nach den Tarifen des Arbeitgeberverbandes der niederrheinischen Seidenindustrie mit einer Differenzierung bis 7,5 Prozent. Die Betriebe in Walbeck, Herongen, Wachtendonk, der Firma Deuß u. Dethler gehörend, regelten ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenfalls betriebsweise. Dieser Zustand hielt bis zum Jahre 1921 an. Vorbenannte Betriebe gründeten den Schutzverband niederh. Seidenweberereien, St. Biersen. Schwere Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft der Betriebe in Schießbahn und Anrath hat es bedurft, die vertraglichen Bestimmungen des Schutzverbandes zur Durchführung zu bringen. Uebergangsbestimmungen führten schließlich dazu, Beruhigung herbeizuführen. Das Sträuben der Arbeiterschaft war lediglich auf Mißtrauen gegenüber dem neuen Arbeitgeberverband zurückzuführen. Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden nunmehr einheitlich für den Bereich des Schutzverbandes, der zirka 3000 Arbeitnehmer umfaßt, geregelt. Das Tarifgebiet wurde in drei Ortsklassen eingeteilt: Ortsklasse A Biersen, Kempen, Dülken, Süchteln; Ortsklasse B Schießbahn und Anrath 5 Prozent weniger; Ortsklasse C Amern, Wachtendonk, Walbeck und Herongen 7,5 Prozent weniger.

Nach Jahresfrist 1922 rückten die Orte Anrath und Schießbahn in Ortsklasse A, Amern und Nieuwerk in Ortsklasse B auf. Die Orte Amern, Walbeck, Wachtendonk und Herongen sind auch heute noch gegenüber Ortsklasse A mit 7,5 Prozent differenziert. Ein Zustand, der unbedingt einer Änderung bedarf. Im Jahre 1924 legte der Syndikus Dr. Meyer sein Amt im Schutzverband nieder. Die Leitung übernahm der Syndikus der Vereinigten Arbeitgeberverbände, M. Glabach, Rechtsanwalt Art. Bei der ersten Zusammenkunft gab der Vorsitzende, Fabrikbesitzer Ernst Greef, Biersen, die Erklärung ab, daß durch die Verlegung der Geschäfte von Biersen nach M. Glabach die Selbständigkeit des Verbandes nicht aufgegeben würde. Zukünftig sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen genau wie bisher selbständig geregelt werden. Demgemäß wurde auch verfahren.

Die jetzt abgeschlossene Bewegung fiel in ihrer Entstehung mit den andern Verbänden der Vereinigten Arbeitgeberverbände M. Glabach zusammen. Verhandlungen für die Baumwollbetriebe fanden Mitte Mai statt und verließen ergebnislos.

Verhandlungen mit dem Schutzverband unter Führung desselben Geschäftsführers, Rechtsanwalt Ury, verliefen ebenfalls ergebnislos. Von den M.-Gladbacher Gewerkschaften wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Verhandlungen waren bereits angefangen. Laut Geheim schreiben der Kartellvereinigung linksrheinischer Arbeitgeberverbände wurde der Schlichter für das Rheinland angegangen, die Schlichtung zu übernehmen. Mittlerweile ließ die Schlichtungsklage der Biersener Gewerkschaften beim Schlichtungsausschuss ein. Am 30. Juni ließ das mit dem Schutzverband getroffene Arbeitszeitabkommen ab. Dieses wurde von den Biersener Gewerkschaften am 31. Mai zum 30. Juni gekündigt, der Kündigung des Arbeitszeitabkommens lag keineswegs die Ablicht zu Grunde, die Mehrarbeit über 48 Stunden abzulehnen, sondern es sollten einzelne ergänzende Bestimmungen in demselben aufgenommen werden. Seitens der Vereinigten Arbeitgeberverbände, einschließlich des Schutzverbandes, wurde nunmehr beim Schlichter beantragt, den Lohnstreit in einem mit zu verhandeln. Desgleichen sollte die Arbeitszeitfrage ebenfalls im gleichen Verfahren geregelt werden. Die Monate vorher betriebene Beeinflussung der Schlichtungsgestellten durch die linksrh. Arbeitgeberverbände veranlaßte die M.-Gladbacher Gewerkschaften, den Schlichter für die Rheinlande als befugten abzulehnen. Das Reichsarbeitsministerium beauftragte den Amtsgerichtsrat Dr. Siller mit der Vertretung der Gewerkschaften. Dem Willen der Arbeitgeber entsprechend faßte der Schlichter am 28. Juni die Lohn- und Arbeitszeitfrage in einer Verhandlung in Köln zusammen. Der Einspruch der Biersener Gewerkschaften vermachte den Schlichter nicht zu überlegen, daß zwei verschiedene von einander abweichende Lohnverträge einer getrennten Verhandlung bedürften. Auch ging derselbe nicht von seiner Auffassung ab, die Arbeitszeitfrage mit dem Schutzverband getrennt zu behandeln. Vielmehr erklärte er auf unseren Einspruch hin, daß die Frage nach seinem Gutdünken behandelt würde. Nach ca. vierstündiger Verhandlung wurde folgender Spruch gefällt:

Die Lohnsätze der bisherigen am 31. 5. 1925 abgelaufenen Tarife werden vom 15. und für den Schutzverband niederrh. Seidenwebereien vom 17. Juni 1925 um 6 Prozent erhöht. Daß durch Schlichterspruch des staatlichen Schlichtungsausschusses M.-Gladbach vom 28. 8. 1924 zustande gekommene, zum 30. 6. 1925 gekündigte Mehrzeitarbeitsabkommen zwischen den Biersener Textilarbeitergewerkschaften und dem Schutzverband niederrh. Seidenwebereien wird verlängert.

Die Lohnabkommen und das Arbeitszeitabkommen sind erstmalig kündbar zum 31. 12. 1925 mit einer Kündigungsfrist von zwei Wochen. Mit der gleichen Frist sind die Lohnabkommen kündbar, wenn die Reichsinduzzahl von Ende Mai über 5 Prozent steigt.

Erklärungsfrist bis Mittwoch, den 1. 7. 1925, mittags 12 Uhr. gez. Dr. Siller.

Ermittelt, wie der Arbeitgeberverband beantragt, hatte der Schlichter ohne Rücksicht auf die voneinander abweichenden Tarife den Spruch zusammengefaßt. Der Spruch, der nur eine Erhöhung der Tariflohnsätze vorsah, ließ mit Recht die Vermutung aufkommen, daß nur eine Erhöhung bis zur Höchstspanne der Tarife eintreten würde. Für die Akkordarbeiter der M.-Gladbacher Gewerkschaften lagen die Verhältnisse wesentlich anders wie für die Akkordarbeiter im Schutzverband. Daraus ergibt sich die Annahme von dem M.-Gladbacher und die Ablehnung des Spruches durch die Biersener Gewerkschaften. Schon bei den vorhergegangenen Lohnbewegungen im Schutzverband scheiterten freie Vereinbarungen an der Erhöhung der Akkorde. Dank der straffen Organisation konnten im Schlichtungsverfahren die Wünsche der Arbeiterschaft heftig Akkordlohnne größtenteils befriedigt werden.

Ueber die Erhöhung der Akkorde entspann sich nunmehr ein erbitterter Kampf. Die Mehrstunden des abgelaufenen Arbeitszeitabkommens wurden in allen Betrieben verweigert. Selbst die Mehrstunden entsprechend der Arbeitszeitverordnung wurden abgelehnt. Durch die ablehnende Haltung der Arbeitgeber in der Lohnfrage wurde nunmehr die Verweigerung der Mehrstunden ein anfangs nicht beachtetes Kampfmittel. Die Arbeitgeber lehnten auf der ganzen Linie, was Lohn anbelangte, den Spruch ab. Beim Reichsarbeitsministerium verlangte der Schutzverband Verbindlichklärung der im Spruch vorgesehenen Arbeitszeitregelung. Die M.-Gladbacher Gewerkschaften nahmen den Spruch, weil er eine günstigere Auswirkung vorsah, an und beantragten ebenfalls Verbindlichklärung des Spruches beim Reichsarbeitsministerium.

Folgender Tatbestand hatte sich nunmehr entwickelt: 35000 Arbeitnehmer hatten den Spruch angenommen, 3000 Arbeitnehmer lehnten den Spruch ab.

Für 38000 Arbeitnehmer lehnten die Arbeitgeber den Spruch in der Lohnfrage ab, für 3000 nahm der Schutzverband den Spruch in der Arbeitszeitfrage an.

Nunmehr begannen die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium Berlin. Erstmals fanden Verhandlungen am 10. Juli statt. In dieser Verhandlung gelang es den Gewerkschaften, getrennte Verhandlungen herbeizuführen. Nachdem die Einigungsverhandlungen mit den M.-Gladbacher Gewerkschaften an dem starken Nein der Arbeitgeber scheiterten, wurden die Verhandlungen mit dem Schutzverband niederrh. Seidenwebereien aufgenommen. Diese Verhandlungen verliefen ebenfalls ergebnislos. Die Entscheidung lag beim Reichsarbeitsministerium. Angesichts der Sachlage, die durch die Zusammenfassung des Spruchs entstand, blieb die Entscheidung aus. Am 24. Juli wurde ein neuer Verhandlungstermin im Reichsarbeitsministerium angesetzt. Die Verhandlungen, die fast den ganzen Tag in Anspruch nahmen, führten wiederum zu keinem Ergebnis, weil die Arbeitgeber von ihrer ablehnenden Haltung nicht abgingen. Die Entscheidung lag abermals in den Händen des Reichsarbeitsministeriums. Am 25. Juli erfolgte Mitteilung, daß der am 26. Juni in Köln gefällte Spruch für verbindlich erklärt sei.

Durch die Verbindlichklärung wurde durch Staatseingriff neues Recht geschaffen. Alle Einwände gegen die Zusammenfassung des Spruchs mußten nunmehr zurücktreten. Der Kampf um die Durchführung des Spruchs wurde von beiden Seiten erschwert. Wesentlich hat zu dieser Erschwerung die Begründung zur Verbindlichklärung des Spruchs beigetragen.

In der Begründung wurde gesagt: Der Schlichterspruch steht für die am 31. Mai abgelaufenen beiden Lohnsätze eine Erhöhung lediglich für die Zeitlöhner um 6 Prozent vor. Diese Regelung entspricht der Billigkeit usw. Die Arbeitgeber glaubten nunmehr nur die Zeitlöhner, nicht die Zeitlohnsätze erhöhen zu brauchen. Diese Auslegung hätte zur Folge gehabt, daß kein Akkordarbeiter eine Erhöhung bekommen hätte. Diese Auslegung trug andererseits dazu bei, daß es den Biersener Gewerkschaften unmöglich gemacht wurde, für das neugeschaffene Recht bei der Arbeiterschaft Gehör zu finden.

Die Bewegung stand jetzt an einem Wendepunkt. Sollte bestehendes bzw. neu geschaffenes Recht anerkannt werden oder nicht? Das war jetzt die Frage. Die Arbeitgeberverbände kündigten auf der ganzen Linie die Aussperrung von circa 40 000 Textilarbeitern an. Ein Zeichen, daß einmal geschaffenes Recht überhaupt nicht anerkannt würde. Um so mehr mußten die Gewerkschaften zu dieser Auffassung kommen, als die Arbeitgeber in den Tageszeitungen ihre Stellung wie folgt bekanntgaben: „Die Kündigung hätte auch erfolgen müssen, wenn die Verbindlichklärung keinerlei Auslegungsmöglichkeiten enthielte.“

Als Organisation hätten wir die Geschäfte der Arbeitgeber besorgt, wenn wir das neu geschaffene Recht durch die Verbindlichklärung nicht anerkannt hätten. Der Kampf der Arbeitgeber gegen Tarifvertrag, gegen Schlichtungswesen, gegen Reichsarbeitsministerium wäre unsererseits gefördert worden. Die Be-

wegung war jetzt keine Lohnbewegung mehr, sondern eine Bewegung um die Anerkennung neu ausgeprochenen Rechts. Die Lohnfrage war durch den verbindlich erklärten Spruch, der uns zwar nicht befriedigt, geregelt. Den Verlauf der jetzt folgenden Verhandlungen in ihrem vollen Umfange zu schildern, erübrigt sich. Es soll hier nur auf die Verhandlung am 19. August eingegangen werden. In dieser Verhandlung kam es lediglich darauf an, die Arbeitgeber zur Anerkennung des Spruches zu bewegen. Dieses ist dann auch nach 13-stündiger Verhandlung unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters Dr. Siller, im Beisein des Bürgermeisters Dr. Forstelt, auf dem Rathaus in M.-Gladbach, gelungen. Die Erhöhung der Tariflohnsätze wurde anerkannt. Die Akkorde wurden bis zur Höchstspanne erhöht. Für die rückliegende Zeit wird eine Nachzahlung in Höhe von 10.- Mk. für männliche, 7,50 Mk. für weibliche, gestaffelt nach unten gewährt. Das Arbeitszeitabkommen für den Schutzverband niederrh. Seidenwebereien wird gemäß Schlichterspruch verlängert, ebenfalls die Tarifdauer anerkannt.

Durch diese Vereinbarung war der starre Wille des Arbeitgeberverbandes gebrochen. Das neu geschaffene Recht wurde durch die Vereinbarung in seinen wesentlichen Punkten anerkannt. Der Vereinbarung gemäß mußte jetzt verfahren werden. Einmütig stellten sich die Betriebsräte in einer am 22. August stattgefundenen Betriebsratssitzung auf den Boden der Vereinbarung. Die Arbeiter in Betrieben stellten sich dagegen. In den Betrieben, wo Akkordüberschreitungen gemäß Manteltarif vorlagen, wurde durch die Betriebsräte versucht, noch nachträglich eine Erhöhung der Akkorde zu erlangen. Diesem Anfinnen stellten sich die Arbeitgeber ablehnend gegenüber. Sie verlangten Durchführung und Erfüllung der Vereinbarung.

Weil die Mehrarbeit verweigert wurde, sahen sich die Gewerkschaften genötigt, nochmals auf die Rechtslage in Betriebsversammlungen hinzuweisen und für Erfüllung der Vereinbarung einzutreten.

Die Arbeitgeber verlangten von den Gewerkschaften die Unterschrift zu einer gemeinsamen Erklärung, die den Arbeitern in den Betrieben durch Anschlag bekannt gemacht werden sollte. Dieses Verlangen wurde strikte abgelehnt. Für Bekanntmachungen an unsere Mitglieder benötigen wir die Hilfe der Arbeitgeber nicht.

Das was die Arbeitgeber erreichen wollten durch die Aussperrung der Arbeiter: Zerschlagung der Gewerkschaften, haben in einzelnen Betrieben die Arbeiter selbst besorgt. Verständlich ist die Aufregung der Arbeiterschaft. 70-80 Prozent der Akkordarbeiter erhielten in den einzelnen Betrieben keine Aufbesserung ihrer Löhne. Durch Austritt aus dem Verband, durch Weigerung der Beitragszahlung wurde aber noch nie eine Besserung erzielt. Das Gegenteil ist bis jetzt der Fall gewesen. Weit schlimmer ist jedoch, daß man mit solchen Maßnahmen nicht seine Interessen fördert, sondern die Geschäfte der Arbeitgeber.

Wäge die Arbeiterschaft sich herum und bleibe, daß der ideale Erfolg bei der letzten Lohnbewegung weit höher einzuschätzen ist, als die paar Prozent Lohnerhöhung. Wäge diese Erkenntnis nutzbringend sein für die kommenden Lohnbewegungen.

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Aug. 1925.

Die Arbeitslosigkeit im Berichtsmonat hat sich auf der gleichen Höhe wie im Vormonat gehalten.

Vollarbeitslos waren 265 männliche Mitglieder und 481 weibliche Mitglieder, insgesamt 746 Verbandsangehörige = 0,8 Prozent der Erfakten.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist folgende:

Im Januar 1925	waren vollarbeitslos	1,4 %	der Mitglieder
Februar 1925	"	1,1 %	"
März 1925	"	1,2 %	"
April 1925	"	0,8 %	"
Mai 1925	"	0,7 %	"
Juni 1925	"	1, %	"
Juli 1925	"	0,8 %	"
August 1925	"	0,8 %	"

Es arbeiteten verkürzt im Monat August 2315 männliche Mitglieder und 4043 weibliche Mitglieder, insgesamt 6358 Verbandsangehörige = 7,5 Prozent der Erfakten.

Im Januar 1925	waren	5,1 %	unserer Mitglieder Kurzarbeiter
Februar 1925	"	4,5 %	"
März 1925	"	4,2 %	"
April 1925	"	4,6 %	"
Mai 1925	"	6,2 %	"
Juni 1925	"	2,5 %	"
Juli 1925	"	7,6 %	"
August 1925	"	7,5 %	"

Die bezirkliche Auswirkung der Arbeitslosen ist folgende:

Erzfeld	vollarbeitslos	1,3%	Kurzarbeit	4,1%
M.-Gladbach	"	0,06%	"	4,1%
Aachen	"	1,9%	"	16,0%
Barmen	"	3,2%	"	24,8%
Bielefeld	"	0,06%	"	2,0%
Hannover	"	—	"	5,3%
Schlesien	"	0,18%	"	19,4%
Sachsen	"	3,0%	"	9,6%
Sachsen	"	0,4%	"	2,1%
Württemberg	"	—	"	4,5%
Baden	"	—	"	1,8%

der erfakten Mitglieder.

Aus den vorliegenden Ziffern könnte man versucht sein, den Schluss zu ziehen, daß unsere Wirtschaft sich in ruhigen Bahnen bewegt. Nichts wäre jedoch falscher, als diese Annahme. Die sich ihrem Abschluß nahenden Kämpfe der letzten Monate sowie die Maßnahmen, zu denen die Regierung sich veranlaßt fühlte, deutet auf alles andere, als auf eine Beruhigung unserer gesamten Wirtschaft hin.

Wenn das Reichswirtschaftsministerium die Textilkartelle vor das Kartell-Gericht bringt, so tut es dies, weil alles gültliche Zurecht auf Herabsetzung der Preise nichts gemut hat.

Aus all den Dingen, die sich in unserem Wirtschaftsleben, besonders in den letzten Monaten abspielten, mögen die Arbeiter lernen, wie stark die Wirtschaftskrise unser gesamtes Volksleben beeinflussen. Aber nicht allein das, sondern auch die ungeheure Anstrengung es von Seiten der Gewerkschaften bedarf, dieser starken Wirtschaft gegenüber sich durchzusetzen.

Nicht berichtet haben die Sekretariate Biersen, Aachen, Sauerland, Ettlingen.

### Allgemeine Rundschau.

#### Frau und Kirche.

Zu diesem Thema bringt die „Frauenstimme“ (Beilage zum „Vormärz“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei) in ihrer Nummer vom 3. September 1925 Ausführungen, die einen interessanten Beitrag zu dem Kapitel: Sozialdemokratie und Religion bilden.

In diesen Ausführungen wird versucht, einen Gegensatz zwischen Religion und Kirche zu konstruieren, um sodann umso besser über die Letztere herfallen zu können. Wir geben nachfolgend die Ausführungen wieder:

Sind nun Religion und Kirche miteinander identisch? Im Gegenteil. Ich möchte behaupten, die Kirche, gleich welcher Konfession sie sei, ist eine Gegnerin jeder Religion und jeder Religionsart. Weder der Formelkram der Kirche, noch ihre Predigten,

noch auch ihre Wohltätigkeit haben irgend etwas mit Religion zu tun. Sie dienen vielmehr als Mittel zur Erringung der Macht über die einzelnen Menschen und die Gesellschaft.

Macht euch das klar, ihr Frauen, die ihr so an der Kirche hängt. Aber noch mehr. Wen schützt die Kirche? Die Machthaber, die Reichlichen, denn sie lehrt: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat, denn sie ist von Gott selbst eingesezt.“ Sie verweist euch zum Trost dafür, daß ihr hier arm seid, auf die ewigen Himmelshallen, wo es euch nach eurem Tode besser gehen wird. Aber sie bekämpft eure Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen, um menschenwürdigeres Leben, um höhere Löhne, als religionsfeindlich.

Die Kirche ist der Feind, auf dem die Reaktion die Zwangsburg erbaut, in der ihr und eure Kinder zu Arbeitsklaven gemacht werden sollt. Die Kirche verhindert durch ihren Einfluß, daß eure Kinder, wenn sie begabt sind, vorwärts kommen. Sie hat zuerst die verschiedenartige Ausbildung von Armen und Reichlichen geschaffen, der Staat hat sie nur aus Zweckmäßigkeitsgründen beibehalten, weil es ihm so leichter wurde, das ungebildete Volk zu beherrschen. Die Kirche verlangt für eure Kinder aus diesem Grunde auch den Religionsunterricht. Nicht um ihnen die Segnungen einer mahnen Religion zuteil werden zu lassen. Nicht um sie zu lehren: „Liebet eure Feinde“ und „Ihr sollt nicht töten“, sondern um sie in Abhängigkeit und Gehorsam gegen die gottgewollte Obrigkeit, wie sie sich dieselbe denkt, zu erziehen und willenlose Werkzeuge aus ihnen zu machen.

Ihr ihr Frauen seid es, auf die sich die Kirche dabei stützt. Ihr seid es, die sich aus Gefühlsgründen gegen die Befreiung vom Religionsunterricht, gegen den Austritt aus der Kirche wehren. Aus Gefühlsgründen — aber was sagt eure Vernunft dazu? Wollt ihr Kanonensfutter aus euren Kindern machen? Wollt ihr sie zu Knechtseelen oder zu freien Männern und Frauen erziehen?

Männer und Frauen, die im innersten Herzen religiös sind, betrachten es als selbstverständlich, dem Bedrängten zu helfen, und Menschen ohne Unterchied der Rasse und Nation zu lieben, den Krieg und die damit zusammenhängenden Kulturwidrigkeiten zu hassen und zu bekämpfen. Wollt ihr solche Menschen aus euren Kindern machen; dann müßt ihr sie zu Sozialisten erziehen.

Wollt ihr dies aber erreichen, ihr Frauen, dann bekämpft die Kirche, die Feindin der Arbeiterschaft mit allen euren Kräften, tretet aus den Landeskirchen aus, nehmt eure Kinder vom Religionsunterricht fort und lehrt sie selbst die Lehren verstehen, die sie zu freien, klugen und guten Menschen machen sollen.

Also die Kirche ist mit Religion nicht identisch, sogar Gegnerin jeder Religion. Und solchen Kohl glaubt man den Arbeiterfrauen noch verzapfen zu dürfen. Das ist ungefähr das Gleiche, wie wenn wir behaupten wollten, daß die sozialdemokratische Partei mit den sozialdemokratischen Ideen und Lehren nicht identisch, sondern deren Gegnerin sei. Nein, mit einer solchen Verdrehung der Tatsachen vermag man keinen vernünftigen Menschen zu überzeugen. Die obigen Ausführungen bestätigen wieder einmal die Wahrheit von Reihels Ausspruch: Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.

#### Kommunistische „Fraktionen“ im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband.

Uns wurde das nachfolgende kommunistische Rundschreiben aus Ravensburg (Württemberg) zugesandt. Es bestätigt die in dem Artikel „Kommunistische Platte“ geäußerte Ansicht, daß die Kommunisten nach wie vor bestrebt sein werden, durch ihre „Fraktionsarbeit“ die „freien“ Gewerkschaften für ihre Zwecke zu gewinnen. Das Rundschreiben lautet:

K.P.D. Bezirk Württemberg. Stuttgart, den 27. 8. 25. Abtlg. Gewerkschaften

An die Fraktionen des Textilarbeiterverbandes Bezirk Württemberg.

Werte Genossen! Die Unternehmer drohen zum 5. September eine Generalaussperrung der Textilarbeiter über das ganze Reich an. Die Gewerkschaftsbürokratie wird im entscheidenden Augenblick versagen. In diesem Kampf wird das Problem der Unorganisierten eine große Rolle spielen. Die Verbandsbürokratie wird gerade jetzt die Unorganisierten nicht in den Verband aufnehmen. Wir haben den der schärfsten Kampf zu führen, um die Aufnahme der Unorganisierten in den Verband und vor allem um die Aufnahme unserer ausgeschlossenen Genossen. Unter den unorganisierten nehmen wir eine umfassende Agitation auf, in den Verband einzutreten.

Die Gewerkschaftsbürokratie wird es ablehnen, in öffentlichen Versammlungen zur Aussperrung Stellung zu nehmen, umso mehr müssen wir dafür sorgen, daß unsere Presse mit Material versorgt wird, über alle Vorgänge in der Bewegung an jedem Ort. Wo Kämpfe ausgebrochen sind, müssen laufend Situationsberichte an unsere Zeitung gesandt werden, ganz besonders über das Verhalten der Gewerkschaftsführer am Ort, die ausgebrochene Kämpfe als wild bezeichnen und keine Unterstützung zahlen. Es gilt, daß im Kampfe eine jede Fraktion wirklich funktioniert. Dann sind auch wir im Stande, die Fraktion zu unterstützen.

Mit kommunistischem Gruß!

Die Bezirksleitung der K.P.D. Württemberg. Also zunächst Stärkung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes durch Erzwingung der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kommunisten und durch eine rege Werbearbeit bei den Unorganisierten. Dann aber systematische Radikalisierung und Aufspaltung der sozialdemokratisch organisierten Massen. Lehnt der sozialdemokratische Verband es ab, die daraus sich entwickelnden milden Streiks zu unterstützen, dann werden die Gewerkschaftsführer heruntergetreten und die Arbeiterschaft gegen sie aufgebracht. Auf diese Weise hofft man dann allmählich wieder den verlorenen Einfluß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückzuerobieren.

Demgegenüber erwacht uns die Pflicht, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften die eigene Organisation durch eine rege Werbearbeit zu stärken und unsere Mitglieder zur gewerkschaftlichen Einsicht und Disziplin zu erziehen. Für uns kann und darf es nur eines geben: Wir haben dafür zu sorgen, daß das Ringen um unsere Stellung im Wirtschaftsleben und um günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich in vernünftigen gewerkschaftlichen Bahnen vollzieht.

#### Wirtschaft und Mensch.

Nachstehende, einem Aufsatz der Köln. Volksztg. entnommene Zeilen, geben eine ausgezeichnete Darlegung der Gründe, die die tiefgehenden Spannungen im politischen und wirtschaftlichen Leben verschulden.

Die stärkste Dissonanz liegt darin, daß sich überall das Wirtschaftliche in den Vordergrund geschoben hat und das Geistliche in den Hintergrund getreten ist. Die Mediatisierung, die dadurch breit geworden ist, hat als Folgeerscheinung alle Zweige des öffentlichen und privaten Lebens erfasst. Wir sind von den Dingen abhängig geworden, anstatt sie uns zu unterwerfen. Die Wirtschaft nimmt in durchaus falscher Weise vielfach den Primat für sich in Anspruch, und da die Organisation der Menschen der organisierten Wirtschaft nicht standzuhalten vermag, muß die Disharmonie zwischen beiden untrüglich werden. Der Mensch wird in die Wirtschaft eingepreßt, und heute ist es häufig wieder so, daß das Individuum aus Zwang in eine Lohnabhängigkeit verfällt, die es seelisch deprimieren muß. Die staatlichen Geetze helfen trotz alles Willens und aller Reformen nicht mehr aus. Da der Staat durch äußere und innere

Zwangszustände in seinen Aktionen beschränkt und gehindert ist, muß sich unter den Massen, die der leitende Teil sind, das Gefühl der Verlassenheit mit logischer Konsequenz breit machen. Mag man eine Entschuldigung für diese Verhältnisse darin sehen, daß uns unsere Kriegsschuld und ihre Abzahlung in einer eiser- nen Umfassung hält, und daß damit die Kraft und die Op- fer des einzelnen überspannt werden müssen, der Geist, der aus der sozialen Lage Deutschlands spricht, ist unentschuldigbar. Es wäre eine falsche Politik, die sich bitter rächen müßte, wenn das Gros der Massen auf die schwachen Schultern siele und das Opfer des Westes erst umstritten werden muß. Heute muß die Frage tatsächlich dahin gestellt werden, ob das wirtschaftliche Leben in allen seinen Teilen sich zusammenlegt aus besel- teten Individuen, oder ob wir auf dem Wege sind, eine ein- zige große Wirtschaftsmaschinerie zu werden. Das sind seelische Spannungen, die seelisch empfunden werden; und weil man kei- nen Ausweg aus dieser geistigen Not sieht, werden die Span- nungen größer und die Kämpfe stärker. Haben wir ein besetztes Wirtschaftsleben oder ein System, das sich einzig in der Mannig- faltigkeit der Form erschöpft und sonst starr mechanisch ist; das ist letzten Endes die Kern- und Hauptfrage. Hierin liegen auch die inneren Wurzeln der sozialen Krisen und bis zu einem ge- wissen Grade ihre Berechtigung. Vor der Erstarrung haben die- jenigen Angst, die weiter blicken, als nur bis auf den morgigen Tag. Ist diese Angst nicht begründet? Wir glaubten, uns aus einem System der Seelenlosigkeit herausgerettet zu haben und müssen auf einmal feststellen, daß wir immer noch mitten drin stehen. Gewiß tragen einen Teil der Schuld die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Um- und Innemwelt — aber nur zu einem Teil. Die Spannung zwischen bitterer Realität und Ideal ist weit und groß. Entscheidend aber ist der Umstand, daß die Wandlung des Wirtschaftsgesetzes sich noch nicht vollzogen hat. Die Manchesterlehre einer liberalistischen Wirtschaftsauf- fassung ist noch nicht zur Kapitulation gezwungen. Der volks- wirtschaftliche Sinn der Wirtschaft — der Gedanke vom Dienst am Ganzen — wird nur allzu häufig entstellt dadurch, daß man in der Wirtschaft glaubt, es sei genug, die eigene Magd zu sein.

**Bodenreformer und kommunale Wohnungswirtschaft.**

Eine erweiterte Vorstandssitzung des Bundes Deutscher Bodenreformer (Ortsgruppe Groß-Berlin) hat für die kommenden Stadtverordnetenwahlen 13 Grundforderun- gen aufgestellt. Sie lauten:

Die Stadtgemeinde soll ein Wohnungsbauprogramm aufstellen, das bis an die äußerste Grenze des wirtschaftlich Tragbaren reicht. Dabei soll ebenso wie bei der Verteilung der öffentlichen Baukostenzuschüsse, das Kleinhaus vor dem Hoch- haus bevorzugt werden. Die Ausgabe von öffentlichem Bauland soll möglichst nach dem Reichsheimstättenrecht, Erbbaurecht, unter bodenreformerischer Bindung des Veräußerungsrechtes er- folgen. Zum Wohnungsbau sollen alle schaffenswilligen, gemeinnützigen Kräfte herangezogen werden. Der Baustoff- wucher und eine etwa ungesunde Preispolitik der Bauhand- werker sollen bekämpft werden. Zu den Baukosten sollen die Großarbeitgeber nach Möglichkeit herangezogen werden. Zur Durchführung des Bauprogrammes muß Bodenvorrats- wirtschaft von der Stadtgemeinde getrieben werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll beim Landtage für die Durchbringung des Preiserleichterungs-Städtebaugesetz- wortes eintreten. In dem nach diesem Städtebaugesetz- wort aufzustellenden Generalbebauungsplan sollen in den Flächenaufstellungsplan die nach dem Heimstättenrecht abzugrenzen- den Heimstätten- und Heimstättenangebiet- e eingeschrieben werden. Für die Entschädigung der Vorbesitzer die- ser Gebiete soll der gemeine Markt zugrunde gelegt werden, der nach Geltendmachung des öffentlichen Anspruches auf die Ge- biete übrig bleibt (also nicht Kaufstellenwert). Eine Grund- steuererhöhung nach Anhalter Muster soll eingeführt werden. Auf den Posten des Städtebaudirektors wird ein Mann verlangt, der in seiner Persönlichkeit die Durchführung der bodenreformerischen Forderungen gewährleistet. Endlich wird verlangt strengere Durchführung der Wohnungsauf- sicht, Beibehaltung der öffentlichen Wohnungswirtschaft und Bekämpfung von Mietssteigerungen, die die wirtschaftliche Lei- stungsfähigkeit der Miets übertagen.

**Die Zeitschriftenreklame**

im Handel nimmt in letzter Zeit einen so großen Umfang an, daß auch ein aufmerksamer Gewerkschaftler nicht achtlos daran vorbeigehen sollte. In der Hauptfrage wendet man sich an die Kinder — und zwar in wohlbedachter Absicht. Zur Zeit sind uns nicht weniger als sieben solcher Zeitschriften der Profit- mächigkeit bekannt:

„Der kleine Coco“ wird von dem Margarinekonzern Jür- gens und Prinzen in Goch herausgegeben. Dieser Konzern kommt mit einer Kinderzeitschrift noch nicht aus und löst deshalb die Kinder auch noch durch eine „Lachzeitung für liebe kleine Kinder“, dem „Tipp“, an, damit sie nur eine bestimmte Margarinemarke holen, wenn sie zum Einkauf geschickt werden. Ein anderer Margarinekonzern (v. d. Bergh in Cleve) gibt die „Wahandwoche“ heraus, ebenfalls eingestellt auf kindliche Eigenart und Auffassungsgabe. Für das Saargebiet erscheint z. B. der „Zermetsch-Kurier“, der seine Phantasiebezeichnung von dem Namen eines tüchtigen Generalvertreters für eine der vor- benannten Margarinekonzerne ableitet. Die „Süwa Blaubeerei“ kämpft ebenfalls um ihre „beste“ Margarinemarke und bei so- viel Aufwand konnten auch die Kleinhändler nicht zurückbleiben und geben durch ihre Verbände die Zeitschriften „Heim und Herd“ und „Die kluge Hausfrau“ heraus. Diese beiden Zeit- schriften wenden sich mehr an die Erwachsenen. Es läßt sich nicht leugnen: Die Aufmachung und der Inhalt ist besonders bei den Kinderzeitschriften sehr geschickt, ja man kann sagen, oft raffi- niert der kindlichen Auffassungsgabe angepaßt. Wer Gelegen- heit hat zu beobachten, muß sagen, daß die Kinder hinter diesen bunten Zeitschriften genau so schärft her sind, wie vielfach leider noch hinter den bekannten Schandsteinen.

Kann ein überzeugter Gewerkschaftler achillos an diesem Treiben vorbeigehen? Nein! Wir haben kein Interesse daran, unsere Kinder in den Reklamedienst der verschiedensten Fabri- kantenkonzerne und Händlervereinigungen zu stellen; wir die- nen unseren gewerkschaftlichen Interessen weit mehr, wenn wir unsere Angehörigen und insbesondere auch die Kinder anregen, die Mitglieberzeitschrift des Reichsverbandes der deutschen Kon- sumvereine „Die Genossenschaftsamilie“ zu lesen. Auch diese ge- nossenschaftliche Zeitschrift hat eine gut ausgestattete Kinder- beilage. Wir sind dann nicht nur sicher, daß den Kindern ein wandrerer Lesestoff geliefert wird, sondern unterstützen damit auch das Erziehungswerk für echt genossenschaftliche Be- strebungen im Sinne einer sozialen Gemeinschaftsarbeit.

**Aus der Textilindustrie.**

**Ausländische Spekulationen in Rohwolle.**

Seit einiger Zeit ist eine lebhafteste Unruhe auf dem Baum- wollmarkt festzustellen. Der Baumwollwarengroßhandel und die Webindustrie, die bei den Webereien Aufträge in Rohwolle aufgeben wollen, erhalten fast durchweg die Antwort, daß man bereits für das erste Quartal 1926, zum Teil sogar noch darüber hinaus, ausverkauft sei. Der Grund hierfür ist, wie „Die Textil- Woche“ erzählt, darin zu suchen, daß einige wenige elässer und schweizer Firmen planmäßig die deutsche Produktion in Roh- wolle für das erste Quartal aufkaufen und sich bereits 75 bis 80 v. H. der deutschen Produktion gesichert haben. Eine bekannte süddeutsche Spinnereiberei hat sogar auf diesem Wege ihre Pro- duktion schon bis ins dritte Quartal 1925 verkauft. Der deutsche Verbraucher muß sich daher zur Befriedigung seines Bedarfs an

die ausländischen Verkäufer wenden. Offenbar liegt hier ein großangelegter Versuch einer Schwänze in Rohwolle vor, die in erster Linie dadurch ermöglicht wird, daß die deutsche Rohwolle- produktion nach Fortfall der zollfreien elässischen Kontingente quantitativ für den deutschen Bedarf nicht ausreicht und durch die neuen erhöhten Zölle gegen Auslandskonkurrenz ge- schützt ist. Da für gewisse süddeutsche Fabrikate qualitätsmäßig ein gleichwertiger Ersatz im Ausland nur schwer zu finden ist, so ist ein Risiko bei dieser Spekulation nahezu ausgeschlossen. Wenn dieser Versuch, den Rohwollemarkt zu cornern, gelingen würde, so würde die Folge sein, daß der deutsche Verbraucher den aus- ländischen Wollverkäufern unnötigerweise beträchtliche Zwischen- gewinne zahlen und daß ein Preisabbau in diesem, für die Be- kleidungsindustrie unentbehrlichen Artikel über Gebühr auf längere Zeit verhindert bzw. stark gebremst wird. Als Mittel gegen diese spekulative Ausbeutung des deutschen Marktes und als wirksame Maßnahme zur Herbeiführung eines Preisabbaues empfiehlt „Die Textilwoche“, die deutschen Grenzen für das erste Quartal 1926 zur zollfreien Einfuhr eines ausreichenden Kon- tingents Rohwolle zu öffnen.

**Aus unseren Verbandsbezirken.**

**Ein zeitgemäßer Lehrgang für Arbeitsrecht.**

Am 22. und 23. August 1925 hatten sich 38 Funktionäre aus dem Sekretariate Lobberich zu einem arbeitsrechtlichen Kursus versammelt. Betagt wurde am Samstag von 4.30 Uhr nachmit- tags bis 7.30 Uhr abends, am Sonntag von 9.30 bis 12.30 Uhr und am Nachmittage von 2 Uhr bis 5 Uhr. Somit hatte der Lehrgang die Dauer von insgesamt 9 Stunden.

Kollege Bernhard Letterhaus-Düsseldorf hielt zunächst einen Einleitungsbeitrag über die Mitbestimmungsorgane der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Wirtschaft und deren wich- tigste Gegenwartsaufgaben. Dann wurde in Form einer Ar- beitsgemeinschaft das Arbeitsvertragsrecht, Tarifvertragsrecht, Schlichtungsweisen und Arbeitsgerichtsbarkeit behandelt. Kollege Karl Dörpinghaus behandelte eingehend die Invaliden- versicherung. Ueber den Verlauf des Lehrganges herrscht bei den Teilnehmern nur eine Meinung, nämlich die, daß alle vollauf befriedigt sind: Kollege Letterhaus beherrscht das neue Arbeits- recht und ist seine Unterrichtsmethode vorzüglich geeignet, Kenntnisse zu vermitteln. Für die Kursteilnehmer war die neuartige geistige Arbeit sicherlich eine Anstrengung. Dis- ziplin und Gemeinschaftsgefühl herrschte aber bis zum Schluß.

Die Bedeutung und Notwendigkeit der arbeitsrechtlichen Schulung trat während der Tagung recht deutlich in die Er- scheinung. Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, der Ge- werbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches u. s. f. sind nicht

**Befreiende Arbeit.**

Von Dr. Ing. Adolf Friedrich, Prof. a. d. Technischen Hochschule Karlsruhe.

Jeder von uns hat sich selbst zu befreien, das ewige unendliche Sein von den anhaftenden Schlacken und Be- lastungen frei zu machen. Jeder hilft sich selbst am meis- ten, denn jeder aufbauende Gedanke läßt den Träger wachsen, jeder negative Gedanke baut ihn ab. So sollen wir uns nicht einbilden, wenn wir anderen Menschen hel- fen, daß wir Dank erwarten müssen. Indem wir die helfende Art, den helfenden Gedanken tragen, wachsen wir innerlich am meisten, gewinnen wir an Kraft und Stärke. Gleichgültig erscheint es, ob der andere die Hilfe annimmt oder ablehnt, ob er dankt oder haßt, denn auf jeden Menschen fallen seine eigenen Gedanken und Taten zurück. Stets wollen wir helfen, aber nie um eines Dan- kes willen, sondern, weil wir die Schwäche der andern als unsere eigene Schwäche empfinden müssen, die wir inner- lich auszuarbeiten haben.

genügend bekannt und werden oft nicht verstanden. Ein Mangel, den wir durch intensive Schulung beseitigen müssen. Auch mit Kenntnis der arbeitsrechtlichen Fragen können die Funktionäre nichtbringen für die Organisation wirken. Es besteht kein Zweifel darüber, daß manche Ansprüche verloren gehen oder nicht geltend gemacht werden, weil Unkenntnis vorherrscht. Hier- für könnten hunderte Beispiele aus der Praxis als Beweis er- bracht werden. Im ganzen Verbandsgebiet sollte man daher, insbesondere in den kommenden Wintermonaten, einen arbeits- rechtlichen Lehrgang abhalten. Die Kosten eines solchen Kursus sind nicht sehr groß, der Nutzen für die Bewegung aber erheb- lich. Für das Sekretariate Lobberich ist ein Fortsetzungslehrgang im Winter geplant, dem jetzt schon reges Interesse entgegen ge- bracht wird. Wir rechnen mit dem selben Erfolg wie beim ersten arbeitsrechtlichen Lehrgang.

**Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.**

**Unser Jugendtreffen in Baal.**

Das schon so lange besprochene Jugendtreffen der beiden weiblichen Jugendgruppen Aachen—M. Gladbach konnte am Sonntag, den 6. September 1925, in Baal stattfinden.

Im ganzen waren von beiden Bezirken 15 Ortsgruppen mit 44 Teilnehmerinnen zugegen. Gegen 11 Uhr morgens konnten sich die Kolleginnen am Bahnhof in Baal begrüßen. Dann ging es geschloffen zum Tagungslokale, wo man es sich zunächst bei einer Tasse Kaffee gut sein ließ. Aber noch war keine halbe Stunde vergangen, als die Aachener Kolleginnen mit den Glad- bacherinnen sich im munteren Spiel zusammen fanden. Erstauslich jöhren hatten sich die lieben Menschen untereinander gefunden, die sich doch wie im Leben gesehen, höchstens von einander ge- hört hatten. Als so das heitere Spiel bis nach 1 Uhr gedauert, wurde mit der ersten Tagung begonnen.

Zunächst begrüßte die Kollegin Berens alle Erschienenen, ganz besonders die beiden Redner, den Bezirksleiter Ewald Weber von Aachen und die Kollegin Woitasky von der Zentrale Düsseldorf. Dann wurde von der Kollegin Else Den- nenburg der Gladbacher Jugendgruppe sehr wirkungsvoll vorgetragen „Deutsche Jugend heraus“.

Als erster sprach hierauf der Kollege Weber. Er führte die Zuhörer in die Vorkriegszeit bis hinein in die Zeit der Grün- dung und schilderte so in anschaulicher Weise die Not und das Elend, worunter die Arbeiterin früher gelitten. Daraus konnten die Anwesenden so recht erkennen, was die Gewerk- schaften bis jetzt getan und wie unentbehrlich sie für die Zu- kunft sind.

Daß diese Ausführungen mit großem Interesse aufgenom- men wurden, zeigte die Aufmerksamkeit, die die Anwesenden an den Tag legten. Um die jugendlichen Gemüter nicht übermäßig anzufrengen, folgte eine durch schöne Reigen ausgefüllte Pause.

Der zweite Teil nahm dann seinen Anfang mit dem Vor- trag der Kollegin Woitasky. In demselben wies sie besonders darauf hin, was wir nun als Jugendliche dem Verbands schul- den. Opferbereite Mitarbeit ist unbedingt notwendig. Denn nur durch diese kann die Existenzmöglichkeit unseres Verbandes erhalten bleiben. Weiterhin machte sie die Kolleginnen darauf aufmerksam, welche Aufgaben sie im Verbands und auch im öffentlichen Leben zu erfüllen haben. Sie munterte dieselben auf, allzeit frei und offen ihren Platz zu behaupten, um da- durch zu beweisen, daß sie gewillt sind, dasjenige zu tun, was der Verband von ihnen erwartet.

An der darauf folgenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Bartholemy, Aachen, Lorenz, M. Gladbach, sowie die Vorsitzende der Gladbacher Jugendgruppe Rosa Jansen. Ferner richtete der Pfarrer von Baal recht herzliche Worte an die Ver- sammlung.

Alle Redner waren von dem einen Gedanken besetzt, daß unsere ganze Hoffnung für die Zukunft nur in der Jugend ihre Wollendung finden kann. Anschließend daran wurde von einem Mitglied der Aachener Gruppe ein sehr erbauendes Gedicht vor- getragen, das allseitig großen Beifall fand. Hiermit endete nun der erste Teil. Jetzt ging es wieder ans Kaffeetrinken, damit der Magen auch zu seinem Rechte kam. Nach demselben wurde noch ein Stündchen gemüßlich geplaudert, bis gegen 6 Uhr die Trennungsstunde schlug.

Lange wird wohl diese Tagung den Teilnehmern noch in bester Erinnerung bleiben und hoffen wir, daß es nicht die letzte gewesen ist.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**M. Gladbach-Venn.** Unser Kollege Schüller ist tot. Nach längerem schweren Leiden ist er in der vergangenen Woche in- folge einer Operation aus diesem Leben abgerufen worden. Der Verstorbenen war einer unserer Besten. Seit Gründung unseres Verbandes hat Kollege Schüller stets seine ganze Kraft in den Dienst der Bewegung gestellt. Als Vertrauensmann, Vorstandsmitglied, im Betriebsrat und zuletzt als Vorsitzender unserer Ortsgruppe war er unermüßlich tätig. Dadurch ist er uns allen ein leuchtendes Beispiel selbstlosen Schaffens gewesen. Der Lohn im Jenen ist ihm sicher, für das, was er hier auf Erden im Interesse der Arbeiterschaft und des Verbandes geleistet hat. Wir, die wir an seiner Waise stehen, geloben ihm, seinem Vor- bild entsprechend weiter zu arbeiten an der Ausbreitung und Be- festigung unseres Verbandes. Besonders unsere heranwachsende Jugend möge sich an dem Verstorbenen ein Beispiel nehmen und mit demselben Arbeitsgeist und derselben Opferwilligkeit für unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung mitzuschaffen, wie es unser Kollege Schüller stets getan hat. So ist er nun von uns geschieden, eine Kraft ersten Schaffens und Ringens für den Aufstieg der Arbeiterschaft und der christlich-nationalen Ge- werkschaftsbewegung. Doch sein Andenken wird bei uns allen unvergänglich bleiben.

**Bekanntmachung.**

**Verbandsbezirk Krefeld.**

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Verbandsbezirk Krefeld findet am 24. u. 25. Okt. in Krefeld, Lokal Gemeindefa- (Liefrauen) statt. Beginn Samstag, den 24. Oktober, vormittags 10 Uhr. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben mit- geteilt.

Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 21 des Verbands- statuts die erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Die Namen und Adressen der Delegierten sind bis spätestens 17. Oktober dem Unterzeichneten mitzuteilen. Bis zu diesem Tage sind auch die an die Bezirkskonferenz zu stellenden Anträge einzureichen. Johs. Müller, Bezirksleiter.

**Bücher und Schriften.**

Taggart, Wm. Scott: Betriebsleitung der Baumwollspinnerei. Uebersetzt und bearbeitet von Wilhelm Bauer. VIII. und 280 S. 17 Figuren. 8°. 1925. München, R. Oldenbourg. Geb. M. 11.50.—, Gewicht 650 g.

Inhalt: 1. Baumwolle. 2. Baumwollballen. 3. Mischung. 4. Ballenöffner. 5. Kastenpfeifer. 6. Doffner und Schlagmaschine. 7. Die Krenpel. 8. Die Strecken. 9. Rämmmaschine und Vorbereitung. 10. Vorspinnerei, Spulbänke. 11. Die Selbstspinner oder Selbstaktoren. 12. Die Ringspinnmaschinen. 13. Zwirnmaschinen. 14. Unterziehungen. 15. Anhang. 16. Nützliche Angaben.

Das vorliegende Buch enthält eine Zusammenstellung der aus der Praxis des Verfassers hervorgegangenen Erfahrungen im heutigen Spinnereibetrieb. Es ist für den Kreis derjenigen Praktiker bestimmt, die verantwortliche Stellungen in der Baum- wollspinnerei innehaben. Nicht die Technik der Baumwoll- spinnerei wird hier behandelt, sondern in erster Linie eine Un- menge Material über den Betrieb der Baumwollspinnerei zusammengefaßt, das häufig nur zerstreut und vereinzelte zu finden ist, und dessen Zusammenfassung und auch wiederholtes Les- fen für jeden Spinnereifachmann von Bedeutung ist. Es wird daher die Kenntnis der verschiedenen Maschinen und ihrer Einzelteile vor- ausgesetzt. Dagegen wird besonders hingewiesen auf zeitgemäße, wie auf unwirtschaftliche und veraltete Spinnereieinrichtungen, auf Betriebsleitungen, wie sie sind und wie sie sein sollen, auf gute und auf nachlässige Arbeiter. Ein Spinnereibetrieb umfaßt so viele Einzelheiten, daß es fast unmöglich erscheint, sie alle in einem Buche von diesem Umfang zusammenzufassen. Trotzdem ist hier mit glücklicher Hand ein Buch geschaffen, in dem der Be- triebsteiler alle Angaben findet, die für ihn von Bedeutung sind.

**Die Gewerkschaften.** Von Aiphons Nobel. (Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer. Herausgegeben von Kurt Wieden- feld. 2. Band. 134 Seiten. Preis broschiert M. 3.50, geb. 4.— M. 6.00. Göttingen 1925. Der Jamborg-Verlag.)

Der Verlag gibt eine Schriftenreihe heraus über die deutsche Wirtschaft und ihre Führer. Die bisher erschienenen Bände geben über die behandelten Spezialgebiete eine gute Orientie- rung. In dem Band II „Die Gewerkschaften“ von A. Nobel, wird die Bedeutung der Gewerkschaften für das Wirtschaftsleben gewürdigt. Das Führerelement wird vom Verfasser wirkungsvoll herausgegeben. Er lüdt die Gewerkschaftsbewegung durch ihre Führer zu erkennen und zu würdigen. Obschon sie keinen An- spruch darauf erhebt, ist Nobels Schrift — als Ganzes gesehen — eine wirkungsvolle Apologie der Gewerkschaften. Es ist leicht- verständlich geschrieben und reizt schon darum zum Lesen an. Die Schrift verdient eine möglichst weite Verbreitung. Sie sollte vor allen Dingen in keiner einzigen Gewerkschaftsbücherei feh- len. Durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wil- mersdorf, Kaiser-Allee 25, zu beziehen.

**† Sterbetafel. †**

Koßner Hedwig, Langenbielau, 22 J. — Kerpens Eduard, Bieren, 51 J. — Gut Frau Paula, Jzenhausen, 52 J. — Winge- rath Heinrich, Giefenkirchen, 46 J. — Hammers Michael, Aachen, 70 J. — Hüning Josef, Raesfeld, 60 J. — Wolf Ernestine, Rin- genhain, 63 J. — Gabisch Wilhelm, Langenbielau, 26 J. — Ester August, Krefeld, 65 J. — Frey Oskar, Tödingen, 22 J. — Baum- gärtel Olga, Mülten St. Jakob, 38 J. — Schüller Heinrich, M. Gladbach, 58 J.

**Inhaltsverzeichnis.**

Artikel: Kein Stillstand in der Sozialpolitik. — III. In- ternationaler christlicher Gewerkschaftskongress. — Textilarbeiter- schaft und Landwirtschaft. — Kommunistische Pleite. — Lohn- und Arbeitsfreitigkeiten in der Textilindustrie. — Arbeitslosig- keit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat August 1925. — Allgemeine Rundschau: Frau und Kirche. — Kommu- nistische „Fraktionen“ im sozialdemokratischen Textilarbeiter- verband. — Wirtschaft und Mensch. — Bodenreformer und kom- munale Wohnungswirtschaft. — Die Zeitschriftenreklame. — Aus der Textilindustrie: Ausländische Spekulationen in Roh- wolle. — Aus unseren Verbandsbezirken: Ein zeit- gemäßer Lehrgang für Arbeitsrecht. — Aus unserer Ar- beiterinnenbewegung: Unser Jugendtreffen in Baal. — Berichte aus den Ortsgruppen: M. Gladbach-Venn. — Bekanntmachung. — Bücher und Schriften. — Sterbetafel.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.